

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
Kosten die empfangene Kolonialzelle
oder deren Raum 25 Bg.
Reklamen 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 60 Bg., mit Bringer-
lohn 110 Bg. Durch die Post
bezogen einschließlich 2,50 Bg.
auschl. Postgebühren.

Fernruf Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Verlag: Die Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

Nr. 14.

Dienstag, den 3. Februar 1920.

28. Jahrgang

Deutschland und Lettland.

In einem der „Sieger Lettlands“ überschriebenen Artikel gibt die „Deutsche Tageszeitung“ eine Nachricht wieder, nach der zwischen der deutschen und der lettischen Regierung Friedensverhandlungen stattgefunden hätten. Lettland habe von der deutschen Regierung Ertrag für künftige Kriegsschäden in Höhe von etwa 5 Millionen verlangt und weiterhin die Forderung gestellt, daß es vom Deutschen Reich im Sinne des Versailler Friedensvertrages als eine der alliierten und assoziierten Mächte anerkannt würde. — Weiter verzeichnete die „Deutsche Tageszeitung“ die Nachricht, nach der das deutsche auswärtige Amt bereits das Vorhandensein einer deutschen Verantwortlichkeit für das Untertun des Obersten Kommando-Bermonds anerkannt habe, und läßt daran die Frage, welche dem auswärtigen Amt oder sonst der Regierung angehörende Persönlichkeit eine deutsche Verantwortlichkeit für das russische Untertun in Lettland anerkannt habe; eine solche Verantwortlichkeit müsse richtiger bloßschuldig und ihres Amtes entsetzt werden. Die deutsche Regierung hat schon mancherlei ersaunliche Dinge fertiggebracht, daß sie sich aber von Lettland Bedingungen stellen ließe, nehmen wir bisher trotzdem nicht an. Wir erwarten ihre Antwort zugleich mit dem Ausdruck des Erstaunens darüber, daß solche wichtige Angelegenheiten unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit und der Nationalversammlung verhandelt und festgelegt wurden, unter einem Regime, dessen Vertreter so oft und so mannhaft ihren Absichten gegen die Geheimdiplomatie und Bindungen des Volkes durch diese zum Ausdruck brachten.

Hierzu wird zunächst festgestellt, daß die Unterstellungen der „Deutschen Tageszeitung“ jeder Begründung entbehren, da die Nachrichten, deren Verbreitung sich das Blatt hergibt, von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen sind. Schon nach dem Lettischen Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hatte, wurde von lettischer Seite einem der internationalen Balkankommissionen beizugehörigen Vertreter des auswärtigen Amtes mitgeteilt, daß die lettische Regierung bereit sei, mit der deutschen Regierung wegen der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen in Besprechungen einzutreten, falls Deutschland sich zum Schadenersatz auf der Grundlage des Versailler Vertrages bereit erkläre. Daraufhin wurde dem lettischen Geschäftsträger in Berlin, der die lettischen Interessen wahrnimmt, vom auswärtigen Amt erklärt, daß der Vorschlag der lettischen Regierung keine geeignete Verhandlungsbasis darstelle, da deutscherseits eine Ersatzpflicht für die von der Vermordeten Truppe angerichteten Schäden nicht anerkannt werden könne. Als später wieder keine Vermittlung zwischen Deutschland und Lettland anbot, wurde ihm erklärt, daß die deutsche Regierung sich selbstverständlich bereit sei, lettische Vertreter zwecks Besprechung zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zu empfangen, daß aber von Verhandlungen auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages nicht die Rede sein könne. Etwas weiteres ist nicht erfolgt. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß zwischen Deutschland und Lettland überhaupt keine Friedensverhandlungen stattfanden, daß insbesondere von einer Anerkennung der deutschen Verantwortlichkeit für das Untertun des Obersten Kommando-Bermonds niemals die Rede gewesen ist.

Zur Tagesgeschichte.

Preußens Verfassung.

Die neue preussische Verfassungsvorlage wird bereits in den nächsten Tagen der Landesversammlung zugehen, nachdem die Verhandlungen über einzelne juristische Punkte zwischen Regierung und Mehrheitspartei gütlich verlaufen sind. Diese Punkte betreffen hauptsächlich die Befugnisse des Parlamentes. Der Finanzminister hatte vorgeschlagen, das Budgetrecht des Parlamentes insofern einzuschränken, als eine besondere Finanzkommission, ein Finanzrat, das Recht der Durchsetzung aller finanzieller Beschlüsse erhalten sollte, damit den finanziellen Verhältnissen des Staates gebührend Rechnung getragen werde. Wenn eine Einigung zwischen dem Parlament und dem Senat nicht erfolgte, sollten die Beschlüsse des Finanzrates bindend sein. Die Mehrheitspartei hat dem Vorschlag des Finanzministers zugestimmt. Auch bezüglich des Vanges haben sich die Mehrheitspartei auf den Boden der Vorlage gestellt. Die Vorlage stellt auch in Schul- und Kirchenfragen ein Kompromiß zwischen der Regierungspartei dar. Mit Rücksicht auf den deutschen Einigungsstand ist im preussischen Staat ein Präsident nicht vorgesehen; das Parlament übt die oberste Gewalt aus.

Der schlechte Stand der Mark.

In Schweizer Vorträgen wird behauptet, daß die Lage Deutschlands nach wie vor als kritisch angesehen werde, da eine wilde Spekulation mit Auslandswerten getrieben werde. Das von Lord George angekündigte Kreditentgegenkommen gegen Deutschland und die energischen Regierungsmassnahmen in Deutschland gegen die Einführung des Sechshunderttages ließen jedoch hoffen, daß eine zuverlässigere Stimmung an der Börse wieder auskommen und eine, wenn auch vorläufig nur geringe, Steigerung der Mark bewirkt werde.

Der Londoner „Economist“ berichtet: Die Ursache für den Kurssturz der Mark und das Versagen der Regierung und der Banken bei den Bemühungen, diesem Sturz einen Einhalt zu tun, wird auf den Versuch der Kontrolle über das besetzte Gebiet zurückgeführt. Aus Bonn und Köln wird gemeldet, daß die Engländer es grundsätzlich ablehnen, ihre Einkäufe in britischer Geldwährung zu machen, während sie beim Verkauf ihrer Waren die Bezahlung durchweg in englischer und nicht in deutscher Währung haben wollen.

Eine internationale Finanzkonferenz.

Die katastrophalen Wirkungen des Valutasturzes nicht nur bei den Besetzten, sondern auch bei den Siegern, haben die schon vor Monaten von Deutschland aus angeregte Lösung des Problems durch ein Zusammengehen aller Staaten endlich in Fluß gebracht. Reuter meldet aus London, daß wahrscheinlich eine internationale Konferenz veranlaßt wird, um über Massnahmen zur Besserung der Finanzlage Europas zu beraten. Man hält es jedoch für unwahrscheinlich, daß eine sofortige Besserung der Währung die Folge davon sein wird. Die Massnahme, die vielleicht getroffen wird, ist die Gewährung eines Kredits an andere europäische Länder.

Millierand vor der Kammer.

In der französischen Kammer wurden Interpellationen behandelt, die von der Regierung Aufklärung über die allgemeine Politik und die Zusammensetzung des Kabinetts Millierand forderten. Ministerpräsident Millierand erklärte, daß die Strafverfolgungen, die von ehemaligen Kabinetsmitgliedern eingeleitet worden seien, aufrecht erhalten würden. Die Regierung sei entschlossen, alle Klauseln des Friedensvertrages von Versailles auszuführen zu lassen, d. h. von Deutschland zu verlangen, daß es alle seine Verpflichtungen erfülle. (Beifall.) Bei der Zusammensetzung des Kabinetts habe er eine neue Methode angewandt und habe Sachverständigen Portefeuilles anvertraut, selbst wenn sie außerhalb des Parlamentes standen. Er habe Minister ausgesucht, die ihrer Aufgabe gewachsen seien und sich voll ihrer Aufgabe hingeben wollten. Millierand sprach sich dann über die Solidarität von Kapital und Arbeit aus und endete mit einem warmen Appell an die Einigkeit aller Franzosen. Diese Einigkeit müsse erhalten werden. — Schließlich wurde die Tagesordnung Durant, welche erklärt, die Kammer nehme Kenntnis von der Erklärung der Regierung und habe Vertrauen zu ihr, mit 481 gegen 70 Stimmen bei 580 Abstimmenden angenommen.

Amerikas Vorbehalte.

Der von Laft abgelagte Text des Vorbehaltes zu Art. 10 des Friedensvertrages lautet folgendermaßen: Die Vereinigten Staaten weigern sich, vertragliche, gesetzliche oder andere Verpflichtungen auf sich zu nehmen oder Garantien einzugehen hinsichtlich der Unverletzlichkeit des Gebietes eines fremden Staates oder dessen politischer Unabhängigkeit, wie sie im Art. 10 des Friedensvertrages vorgesehen sind. Die weigern sich, Verpflichtungen zu unterzeichnen, nach deren Wortlaut die Vereinigten Staaten gehalten wären, zu irgend einem Zweck von ihren Land- und Seestreitkräften Gebrauch zu machen gemäß den Bestimmungen irgend eines Artikels des Friedensvertrages, jedoch könnte der Kongreß, der gemäß der Staatsverfassung allein die Macht dazu hat, in ausnahmssweisen Fällen entsprechende Beschlüsse fassen, wenn dazu Anlaß vorliege. Er könnte den Vereinigten Staaten ihre Haltung vorschreiben, wenn es sich darum handeln würde, die Erfordernisse des Weltfriedens und der Gerechtigkeit zu wahren. Er könnte unter diesen Umständen ihnen ihre Stellungnahme vorschreiben und die daraus sich ergebenden Massnahmen treffen.

Die Letzten der Hochseeflotte.

Heimkehr der Scapa Flow-Lente.

Admiral v. Reuter ist mit den Angehörigen des ehemaligen Internierungsverbandes von Scapa Flow im Wilhelmshaven eingetroffen. Der Ober des Admirals-

im v. Trosig, der zum Empfang der Heimkehrer nach Wilhelmshaven gekommen war, hielt bei der Begrüßung folgende Ansprache:

„Innerlich tief bewegt, trete ich hierher, um Sie alle auf das warmste und herzlichste namens der deutschen Marine, der Zerstörer und unseres teuren Vaterlandes willkommen zu heißen. Es ist mir eine Ehre, Ihnen in Dankbarkeit und Treue die Hand zur Begrüßung zu drücken nach allem, was Sie in den vergangenen 13 Monaten ertragen mußten, trotz aller unserer Bemühungen, Ihr Los zu erleichtern und Ihre Rückkehr zu beschleunigen. Sie stehen als die Letzten unserer einst so stolzen und siegesgewohnten Hochseeflotte vor mir. Die Schiffe bringen Sie nicht heim! Das brandende ewige Meer wurde Ihnen zur Decke. Auf einsamem Posten, abgeschliffen von jeder freien Verbindung mit der Heimat, gaben Sie Herr Admiral, den Befehl zum Versenken der Flotte, als Sie den Wiedereintritt des Krieges für fast sicher hielten. Reum rufere Kameraden gaben, wehrlos einem Feinde gegenüber, ihr Leben hin. Sechzehn sind mehr oder minder schwer verwundet. Die härteste Behandlung mußten Sie alle gegen den Brauch und das Kriegsrecht über sich ergehen lassen. Wir gedenken in dieser Stunde mit besonderer Treue der Gefallenen und in stiller Teilnahme ihrer schwergeprüften Angehörigen. Treuen Sie uns mit Ihrem oft bewiesenen Mutesmut zur Seite in der Not unseres Vaterlandes! Hingabe und Selbstopfer müssen uns zum Wiederaufbau helfen! Treuen wir so zusammen, festgeschlossen im Willen und Ziel, dann wird uns keiner den Aufstieg verwehren, dann wird auch die versenkte Flotte uns zum Segen werden, als Kratzquelle der Vaterlandsliebe, aus der uns wieder das jetzt geknebelte Recht neu ersticht zur freien Seefahrt unter deutscher Flagge.“

Admiral Reuter dankte in kurzen Worten und schloß mit einem Hurra auf die deutsche Marine.

Die Auslieferungsfrage.

Die Auslieferungsliste.

Nach dem „Echo de Paris“ umfaßt die Liste der Schuldigen 800 Namen, unter denen folgende bekannte Persönlichkeiten hervorgehoben seien:

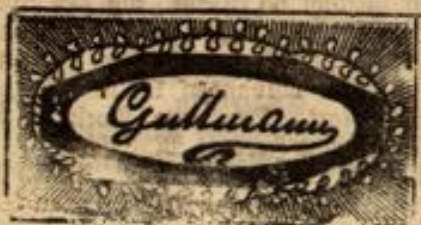
Prinz Rupprecht von Bayern wegen Deportation aus Nordfrankreich, Herzog von Würtemberg, Kommandant der 4. Armee, wegen Massakers in Rumur usw., Generaloberst v. Klud, Führer der 1. Armee, Ermordung von Seifin in Senlis, Massakers von Flüchtlingen in Aveschoy, v. Bülow, Brandstiftungen in den Argonnen, Erschießung von Flüchtlingen, v. Waden, Diebstahl, Brandstiftung, Hinrichtungen in Rumänien von der Landen, Ermordung von Witz Cavell sowie von Kapitän Fryatt, Admiral v. Capelle, Attentat verübt durch den U-Bootkrieg, General Liman v. Sanders, Massakers in Armenien und Syrien, General Sirenger, wegen des Befehls, keine Gefangenen zu machen, General von Siraiff, Plünderung und Raubmordung von 105 Zivilisten, General v. Torsen, Hinrichtung von 102 Einwohnern von Arlon, die Gebrüder Niemeyer, Mißhandlungen von englischen Gefangenen im Lager von Holzminnen Major v. Goerz, Grausamkeiten im Gefangenenlager von Magdeburg, Leutnant Rudiger, Grausamkeiten im Lager von Auhleben, General v. Kessel, Grausamkeiten im Lager von Döberitz, Major v. Bülow, Verhörung von Aveschoy und Erschießung von 150 Zivilisten, General v. Mantenuel, Brandstiftung in Löwen.

Ob diese Aufzählungen sich auf tatsächliche Unterlagen gründen, muß dahingestellt bleiben. Andere Meldungen berichten im Gegenteil von einer Reduktion der Liste.

Savos meldet: Wie die Londoner Blätter mitteilen, werden sich die Ministerpräsidenten der Entente nächsten in London versammeln, um eine neue Reduktion der Liste der Schuldigen vorzunehmen. In zuständigen Kreisen wird dazu erklärt, daß die Nachricht jeder Begründung entbehre. Die Liste der Schuldigen, die 800 Namen aufweist, ist abgeschlossen und es werden an ihr keine Änderungen mehr vorgenommen. Die Liste wird der deutschen Regierung am 10. Februar übergeben werden.

Eine Differenz zwischen Deutschland und der Entente hat sich bei der Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe ergeben. Die internationalisierte Ueberwachungskommission hat unerwartet die Forderung gestellt, daß gemäß § 183 die abzuliefernden Schiffe mit der gesamten Ausrüstung und den Materialien, ausgenommen Munition und die Sprengstoffe, an Bord übergeben werden müssen. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen im November 1918 war von autoritativer mächte Seite ausdrücklich betont

Wort, daß die Schiffe, die auf Grund des Waffenstillstandsvertrages interniert werden sollten, abgesehen von einigen Ausnahmen, desarmiert werden sollen. Das Wort „desarmiert“ wird jetzt nur dahin ausgelegt, daß die Schiffe in den Zustand zu versetzen sind, daß sie keine Munition und Sprengstoffe mehr an Bord haben. Die Marinekommission hat ihren Standpunkt der internationalen Ueberwachungskommission in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, in dem sie ihre Bereitwilligkeit erklärt, falls der deutsche Rechtsstandpunkt anerkannt würde den Schiffen, soweit noch möglich, ihr Inventar mitzugeben, sofern eine Urrechnung auf die Wiederausrüstung erfolge.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wienbaden, Scharfes Eck

Zur Tagesgeschichte.

Die Einkommensteuer.

Nach den neuen Beschlüssen der Nationalversammlung beträgt die Einkommensteuer für das erste Tausend 10 Prozent, für das zweite Tausend 11 Prozent und für jedes weitere Tausend um 1 Prozent steigend bis 24 Prozent, für die nächsten 2000 Mark 25 Prozent, usw. und bei den weiteren 2000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 29 Prozent, für die nächsten 3000 Mark 30 Prozent, usw. und bei den weiteren 3000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 34 Prozent, für die nächsten 5000 Mark 35 Prozent, usw. und bei den weiteren 5000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 44 Prozent, für die nächsten 10 000 Mark 45 Prozent, usw. und bei den weiteren 10 000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 49 Prozent, für die nächsten 20 000 Mark 50 Prozent, usw. und bei den weiteren 20 000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 52 Prozent, für die nächsten 30 000 Mark 53 Prozent, usw. und bei den weiteren 30 000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 54 Prozent, für die nächsten 40 000 Mark 55 Prozent, für die nächsten 50 000 Mark 56 Prozent, usw. und bei den weiteren 50 000 Mark um je 1 Prozent steigend bis 59 Prozent, für alle weiteren Beträge 60 Prozent.

Die Reichseisenbahnen.

Gegenwärtig finden in Berlin Verhandlungen über die Verstaatlichung der deutschen Staats-eisenbahnen statt. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen steht, wie aus München gemeldet wird, der Antrag Bayerns, daß das ganze deutsche Reichsgebiet in Gruppen eingeteilt und etwa 4-6 Landesverkehrsministerien errichtet werden, die dann weitgehende Selbständigkeit für ihr Gebiet haben. Der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister haben die Forderung Bayerns nach einem solchen Landesverkehrsministeramt für Post und Eisenbahn anerkannt. Wie sich die anderen Gliedstaaten dazu stellen werden, werden die Verhandlungen in Berlin zeigen.

Die Sanierung Europas.

Der Amsterdamer Berichterstatter des Volksbundes führt von gütlicher Uebereinstimmung der Länder her: Das Zusammenkommen eines deutsch-holländischen Kreditabkommens würde einen Schritt vorwärts zum Endziel, nämlich der internationalen Regelung der gesamten Weltkreditfrage, bedeuten. Der besondere Wert dieses Abkommens liegt darin, daß es kein Hilfswerk darstellt, sondern daß es durch die Forderung von Gegenleistungen als Geschäftsmoment ausschaltet und daher allen Anforderungen des von den Amerikanern verlangten „sound business“ genügt. In den Vereinigten Staaten sieht man einen solchen Zusammenhang zwischen dem Hilfswerk für Europa und einer auf fester geschäftlicher Grundlage ruhenden Kreditgewährung und Wohlstand.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

28. Fortsetzung.

Und ehe die Mutter weiter forschen kann, reißt Ninella schon die Tür auf.

„Er ist da, Frau Velloni! Er ist da!“

„Aber wer denn?“

„Der Herr vom Monte Pinco! Ich hab' n in den Salon geführt.“

Und schon ist sie wieder fort.

Knapphörtend erhebt sich Salomea vom Boden, wo sie vor den Haustüren lauerte. Rasch streicht sie sich vor dem kleinen Spiegel die etwas zerzausten Haare zurecht und bindet die blaue Schleife. Salomea schaut ab.

„Steh hier!“, gebietet sie Angelina, die durchaus mitgehen will.

Dann öffnet sie die Türe zum Salon.

Bei ihrem Eintritt sieht ein großer, starker Mann, den man aus früherer Bekanntschaft, wenn er ausgereizten Händen und einem Gesicht, aus dem seine ganze Freude sprach, eilt er ihr entgegen.

Doch die Hände stulen herab beim Anblick der dunklen Frauengestalt. Dies herbe finstere Gesicht — Salomeas Tochter? Sein joviales, fröhliches Gesicht wird ernst.

„Frau Velloni!“ fragt er langsam zögernd.

„Die bin ich.“

Salomea setzt sich und deutet auf einen Stuhl neben sich. Nur zögernd nimmt der Fremde Platz, während Salomeas große schwarze Augen forschend auf der merkwürdigen Persönlichkeit ruhen.

Der Mann hat sich augenscheinlich für den Besuch besonders fein gemacht. Der stolze Körper steckt in einem schwarzen Anzug. Auf der rechten Brust prangt eine dicke, goldene Kette mit allen möglichen Verzierungen. In der linken Hand hält er ein großes, dunkles, in goldene Hand- schuhe gehülltes Objekt.

„Sie wünschen mich zu sprechen, mein Herr?“ beginnt Salomea etwas ungeduldig, da der Fremde konsequent

keine Antwort gibt. Unter das Hauptwort „alle“ vor allem die Versorgung der notleidenden Länder Europas, darunter Deutschland, mit Lebensmitteln. Der europäische Bedarf an Lebensmitteln ist jedoch so groß, daß auch dafür Kredite geschaffen werden müßten. Diese müßten von den übrigen Krediten abgetrennt werden. Bei der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln müßte die Zirkulation bestehen, daß mit einer Verringerung der innerpolitischen Lage und eine Verringerung einträte. Es geht hier nicht um eine Frage, die allein Deutschland, sondern die gesamte Welt berührt. Wenn die übrigen Staaten säßen, daß mit der zunehmenden Widerstandskraft Deutschlands die radikalen Elementen in Deutschland nicht Boden verlieren, sondern gewinnen, so hätten sie nicht das geringste Interesse daran, durch Unterjüngung Deutschlands sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Damit dem deutschen Volke der Wille zur Arbeit gegeben werde, sei es jedoch unbedingt erforderlich, die Wirtschaftsbefugnisse des Vertrages von Versailles so auszulegen, daß das deutsche Volk nicht alles Vertrauen in seine Arbeit verliert. Die endgültige Festlegung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme sei eine gebieterische Notwendigkeit, daß die scharfe Abgrenzung der Befugnisse der Wiederaufbaukommissionen. Daran hätten insbesondere die Kredit gewährenden Staaten wie die Niederlande ein Interesse, da sie Sicherheit dafür haben müßten, daß mit den gewählten Veredelungskrediten nicht die Gutnachschüsse kommen und Hand auf die von Deutschland hergestellten fertigen Fabrikate legt. Jede Untergrabung der Stellung der deutschen Regierung sei im übrigen nur dazu angetan, das Mißtrauen des Auslandes gegenüber Deutschland zu fördern. Eine große Schuld an dem Elend der deutschen Währung tragen die deutschen Reichsbänke, die in ihrer Verfolgung ungeheure Summen deutschen Papiergeldes auf den Auslandsmarkt werfen. Wenn keine Wende in den bisherigen Verhältnissen Deutschlands eintreffe, dann sei der völlige Zusammenbruch unvermeidlich.

Allelei Nachrichten.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Die deutschen Regierungen mit Staatsbahnbesitz beschließen, mit Rücksicht auf die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben infolge der Erhöhung der Löhne der Beamten und Arbeiter, sowie aller Materialpreise zum 1. März eine allgemeine Erhöhung der Güter- und Personaltarife auf 100 Prozent einzuführen zu lassen. Die dringende Notwendigkeit, die Erhöhung sofort durchzuführen, zwang die Regierungen auch diesmal wieder die Form von prozentualen Tarifserhöhungen zu wählen. Auch eine Erhöhung der Personaltarife wurde grundsätzlich beschlossen. Ueber das Maß der Erhöhung und den Zeitpunkt ihrer Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Die Kämpfe im Osten.

Das englische Kriegsministerium gibt einen Überblick über die militärische Lage in Rußland und Sibirien und zwar zum ersten Mal in zusammenhängender Form. Die letzten Operationen, die am 4. Januar begannen, ist die Rotten vergraben und hat bis jetzt 14 000 Gefangene, einige Kanonen und Maschinengewehre und einen Panzerzug ergeben. In Noworossk ist jetzt das Hauptquartier des Generals Denikin. Der Vormarsch Denikins gegen Moskau ist durch den Gegenangriff von Kavallerie westlich der Woronesch-Rostow-Eisenbahn von den Bolschewiki gestoppt worden. Dabei wurde die Donarmee nach Süden geschleudert und die Armee der Freiwilligen gezwungen, sich zurückzuziehen. Denikins Armee befindet sich an der Eisenbahnlinie von Ulman nach Elisabethgrad und dann weiter bis zur Nordwestecke des Moskauer Gebietes, wodurch die Armee gedeckt ist. Die Bolschewiki haben eine große Umgehungsbe- wegung an der Westküste des Kaspiischen Meeres eingeleitet, die nach der Meinung des englischen Generalstabes gefährlich werden kann. In Sibirien seien Anzeichen vom Kommen der Bolschewiki vorhanden.

schweigt.

„Ja“, flüstert er. „Sie — Sie sind Salomea Nossos Tochter? Nicht wahr?“

Und wieder wagt er ein schüchternes Ausreden der Hand.

Und wieder scheint Salomea diese Hand nicht zu bemerken.

„Ja. Meine Mutter hieß Salomea Nossos, ehe sie meinen Vater heiratete.“

„Also doch! Also doch!“ murmelt der Mann, während sein verwunderter Blick das dunkle Gesicht der Frau vor ihm streift. „Sie sehen Ihrer Mutter gar nicht ähnlich.“

„Nein. Ich soll meinem Vater ähnlich sehen. Meine Mutter war sehr schön und blond, wie meine Tochter Angelina.“

Bei Nennung dieses Namens verändert sich der Gesichtsausdruck des Mannes.

„Angelina! Angelina!“ ruft er lebhaft, indem er aufspringt. „Wo ist das Kind? Ich möchte es sehen!“

„Ich weiß ja noch gar nicht, wer Sie sind!“

Selbst kontrastieren die kühlen Worte mit der Begleitung des Fremden.

„Wer ich bin?“ ruft er bestig. „Wer ich bin? ... Ich bin dein Onkel, Salomea Velloni — der einzige Bruder deiner Mutter!“

„Onkel Paolo? ... Sie?“

Auch Salomea ist aufgestanden. Die Ueberraschung ist zu groß.

„Ja, ich!“ erwidert der Mann, ganz rot vor Eifer. „Hat deine Mutter nie von einem Bruder gesprochen?“

„Doch. Aber nur wie von einem Toten!“

„Er ist aber nicht tot! Er lebt und steht vor dir, nicht Salomea — leidenschaftig und wahrhaftig und geht jetzt nicht gleich wieder fort. Denn er sieht, daß hier etwas nicht stimmt, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. Ja, ja — der alte Onkel scheint gerade recht gekommen zu sein.“

Beide senken Salomea auf.

Und bei diesem unterdrückten Seufzen fühlt der Mann, wie sein Herz sich plötzlich seiner Richte erschließt — den Tochter seiner langgelebten Schwester, trotzdem diese Tochter der Mutter so gar nicht ähnlich sieht.

Die Eisenbahnen.

Die Frist für die Erklärung der Arbeiter, die sich, unter den neuen Arbeitsbedingungen in den schlossenen Eisenbahnverwaltungen zu arbeiten, ist zu laufen. Es besteht kein Zweifel, daß die Verwaltung über die Anzahl von Arbeitern bekommen werden, die sie brauchen, um den Betrieb unter günstigeren Bedingungen wieder aufzunehmen. In einigen Verwaltungen haben sich sogar so viele Arbeitswillige gemeldet, es nicht möglich sein wird, sie alle zu beschäftigen. Der Reihe derjenigen, die sich gemeldet haben, werden diejenigen vorgezogen, die als Arbeiter bekannt waren, die selbst nicht arbeiten wollen und nur ihre beitschaften an der Arbeit hindern. Hauptgrund für der Wiedereinstellung ist der, sachlich tüchtige Arbeiter bekommen. Im übrigen wird bei der Aufnahme auf Familienverhältnisse der Arbeiter alle Rücksicht genommen und in erster Linie werden diejenigen wieder genommen, die schon vor dem Kriege bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Selbstverständlich werden dabei die Bestimmungen über die Einstellung von Schwarzarbeitern genau beachtet.

Sindensburas Erinnerungen.

Die „Dagb. Rundschau“ führt, werden Sindensburas Erinnerungen unter dem Titel „Aus meinem Leben“ Ende März in H. Z. Verlag erscheinen. Sindensbur erzählt darin in schlichter Weise von seinem Leben, von den Jahren des Friedens und des Krieges. Er schließt mit zuversichtlichen Worten an die Zukunft und mit dem amerikanischen Marinen an der deutsche Kraft. Das Werk soll in drei Ausgaben erscheinen: aus einer bereits vergessenen, nur aus hundert Exemplaren bestehende Luxusausgabe, aus einer Zug- und einer allgemeinen Ausgabe.

Serbiens Mobilmachung.

Nach einer Meldung der „Berliner Börsenzeitung“ soll gleichzeitig mit dem Beschluß der Ablehnung der Verbandsultimaums die serbische Regierung die Mobilmachung von weiteren drei Jahrgängen beschließen. Aus dem besetzten Gebiet Ungarns sowie aus Rußland und Syrien sind alle verfügbaren Truppen abgezogen worden.

Kleine Meldungen.

München. Es ist damit zu rechnen, daß die Gesandtschaften in Berlin eine kurzweilige Delegation erfahren. Das Politisch-diplomatische wird gegenüber dem Wirtschaftspolitischen in den Hintergrund treten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß an die Stelle der bisherigen Gesandtschaften bevollmächtigte Minister der Gliedstaaten treten. Bayern wird mit dieser Neuordnung in Berlin in aller nächster Zeit den Anfang machen.

Amsterd. d. 1. Jan. „Telegraaf“ wird aus Moskau gemeldet, daß die „Lettwits“ und „O'Grady“ die Grundlagen für ein Abkommen zwischen Großbritannien und der Sowjetregierung festgelegt sind, b. d. hauptsächlich die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen vorgesehen ist.

Hamburg. Ein beim „Alte Courant“ aus London eingetroffenes Telegramm besagt, daß in Finnland ein Aufstand ausgebrochen sei.

Stockholm. Der Korrespondent des „Evening Dagbladet“ in Kopenhagen erklärt, daß der Kommandant des schwedischen Geschwaders in der Ostsee noch keinen Befehl zur Aushebung der Flotte erhalten hat.

Annapolis. Die „Associated Press“ meldet aus Honolulu, daß Kapitän entkommen ist und in der Handlung aufgeht.



AMBI-
Dachziegel-Maschine
für Handbetrieb
Goldene Medaille 1919 Silberner Staatspreis
AMBI, Abt. II/ Berlin-Johannisthal

Kleine Meldungen.

Berlin. Wie das „Berl. Tageblatt“ erfährt, haben die polnischen Persönlichkeiten in Paris vorgeschlagen, an Stelle von Millerand Poincaré zum Kommissar für die Elbe-Verhandlungen zu ernennen.

Haag. Die Erste Kammer hat einen Gesetzentwurf über die Ausgabe einer Zwangsanleihe von 450 Millionen Gulden angenommen.

Haag. Der „Nieuwe Rotterd. Courant“ hört, daß über ein Kreditabkommen entsprechend dem deutsch-holländischen zwischen Schweden, Dänemark und Deutschland gegenwärtig verhandelt wird. Danach würde es sich um die Gewährung eines von Staat zu Staat gegebenen Kredits auf langjähriger Dauer unter Garantie einer deutschen Treuhändergesellschaft handeln, die wahrscheinlich mit der für Holland zu bildenden Verbindung verbunden wird.

Amsterdam. Nach einer Meldung des „Algemeen Handelsblad“ wird Geldmarschall Hag am 1. Februar den Oberbefehl niedergelegt. Der Lord will sich vollständig aus dem militärischen Leben zurückziehen.

Madrid. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, das die Schaffung einer Fremdenlegion betrifft. In derselben werden sämtliche Ausländer zugelassen. Die Legion wird ihre Quartiere in Marokko erhalten.

Kairo. Ein als Amateurphotograph verkleideter Mann versuchte den Minister der öffentlichen Arbeiten Sir Pasha zu ermorden, indem er eine Bombe gegen ihn warf. Der Minister wurde nicht verletzt, obwohl sein Auto zertrümmert wurde. Der Attentäter konnte verhaftet werden.

Prozeß Erzberger—Seiffertich.

Berlin, 30. Jan.

Die heutigen Verhandlungen wurden damit eingeleitet, daß Geheimrat von Gordon erklärte, Minister Erzberger könne am 9. Februar wieder erscheinen. Das Urteil vom Montag habe heute bereits die Folge gezeitigt, daß alle Personen, die den Gerichtsfall betreten wollten, körperlich nach Vorhandensein von Wassen untersucht wurden.

Bezüglich des Falles Ostropa wird als Zeuge Justizrat Neumann vernommen, der als Notar den Akt über die Gründung der Ostropa aufgenommen hat. Er erklärte, daß in Ostropa Dr. von Seiffertich mitgewirkt habe. Bei dieser Gründung der Gesellschaft sei Erzberger nicht anwesend gewesen. Es ist ihm auch nicht bekannt, ob Erzberger überhaupt Kenntnis davon gehabt habe, daß er als Mitglied des Beirates ernannt worden sei. Erzbergers Pflicht sei es keinesfalls, Erklärungen darüber einzugehen.

Seiffertich äußerte sich für Seiffertich äußerte sich auch der Rechtsanwalt Dr. Seiffertich, der die Geschäftsleiter der Gesellschaft, ein gewisser Herr Höhne, der Anwalt gewesen sei, daß es möglich ist, ein Mitglied des Beirates im Sekret zu haben. Der Vorsitzende fragt den Zeugen, ob man denn nicht mit Erzberger in Verbindung getreten sei. Man hätte so sonst auch den Bringen von Seiffertich als Beirat nehmen können. Seiffertich erklärt, daß man erst nachträglich mit Erzberger verhandelt habe. Der Geschäftsführer Höhne, der nun vernommen wird, erklärt, daß man Erzberger ein Schreiben in das Gebäude der Waffensachverständigen geschickt habe, als seine Ernennung vollzogen war. Vorher habe niemand mit Erzberger verhandelt. Seiffertich habe er, der Zeuge, festgestellt, daß Erzberger diesen Brief gar nicht erhalten habe.

Die holländischen Blätter aus London melden, daß die deutsche Note, in der der Verband ersucht wird, von seiner Forderung auf Auslieferung der am Krieges schuldigen Personen Abstand zu nehmen, von der Gesellschaften in ablehnendem Sinne beantwortet werden. Sie vertritt den Standpunkt, daß der Auslieferungsparagraph einen Bestandteil des Friedensabkommens bildet, das strikte innegehalten werden müsse.

Die Presse-Information erfährt, daß zwischen den während des Krieges neutral gebliebenen Staaten ein Versteckspiel darüber besteht, ein Auslieferungsgesetz der Alliierten gegenüber Deutschen, die sich auf dem Gebiet eines neutralen Staates befinden und auf das international anerkannte Asylrecht berufen, zu verweigern.

Nach einer Meldung aus Berlin wird der durch die Reichsregierung eingesetzte Gerichtshof zur Aburteilung von Verbrechen Deutscher im Krieg unabhängig von dem Auslieferungsgesetz der Entente Ende März seine Tätigkeit aufnehmen. Die Vorbereitungen im Reichsjustizamt sind bereits im Gange.

Im Leben brauchst Du Brot und Kohle aus den Abstammungsgebieten.

Als Deute

Grenz-Spende

für die Volksabstimmungen

auf Postkarte Nr. 7776

oder auf Deine Bank!

Deutscher Schulbund, Berlin NW 25

Beiatspflicht und Grenzschutz.

Von Dr. Paul Michaelis,

Vorsitzender des Vereins Berliner Presse.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages ergibt sich an das ganze deutsche Volk der kategorische Imperativ: Helft die deutschen Grenzlande retten! 65 000 Quadratkilometer mit sechs Millionen Menschen werden durch den Zwangsverzicht des Deutschen Reichs losgerissen. Wir trauern ihnen nach und halten ihnen die Leere, aber wir können das Geistes nicht mehr ändern. Anders verhält es sich mit den Abstammungsgebieten im Osten und Norden. Auch dabei handelt es sich noch um mehr als 33 000 Quadratkilometer und drei Millionen Menschen. Und diese können dem deutschen Reich erhalten werden.

Wenn ebenso die Deutschen in

den Grenzen

wie in der Heimat ihre Pflicht tun.

Der erste Appell an die gefährdeten Deutschen selbst. Sie müssen über alle kleinen Bedenken hinweg den Abstammungsgebiete zu einem lauten und einmütigen Bekenntnis zum Deutschtum gestalten. Wer zögert und zurückbleibt, der verurteilt sich an seinem Volk und an seinen Kindern. Aber die deutsche Bevölkerung der Abstammungsgebiete kann es allein nicht schaffen. Die schlaue ausgenutzte Bestimmung des Friedensvertrages haben Licht und Schatten zwischen den Deutschen und den Fremdstämmigen sehr ungleich verteilt. Es sei nur darauf hingewiesen, daß im Schleswighischen Gebiet nur solche Personen über 20 Jahren zur Wahl zugelassen werden, die in der Abstammungszone geboren sind oder dort seit einem vor dem 1. Januar 1900 liegenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Damit werden alle Deutsche um ihr Wahlrecht gebracht, die seit 1900 in das Schleswighische Abstammungsgebiet verzogen sind. Und da die Einwanderung in den letzten Jahrzehnten sehr stark war, so läuft diese Bestimmung darauf hinaus, daß nur ein Bruchteil der in Schleswig ansässigen Deutschen sein Wahlrecht ausüben darf. Ich habe selbst das nördliche Schleswig besucht und dabei festgestellt, daß beispielsweise in Ederstedt von den deutschen Wählern nur 30 Prozent mitstimmen dürfen. Von der arbeitenden deutschen Bevölkerung in Ederstedt haben sogar nur 10 Prozent das Wahlrecht. 90 vom Hundert müssen mit gekündeten Händen zusehen, wie über das Schicksal des Landes das Land auch ihnen zur Schmach geworden ist, entschieden wird. Die Bestimmungen über die Wahl im nördlichen Gebiet sind zwar weniger schmerzhaft, aber auch hier ist dafür gesorgt, daß der Wille der deutschen Bevölkerung nach Möglichkeit zurückgedrängt wird.

Der deutsche Wille muß sich allen solchen Hemmnissen zum Trotz durchsetzen. Das kann nur geschehen, sofern sämtliche abstimmungsrechtliche Deutschen an die Urne treten und ihre Stimme abgeben. Am entscheidenden Tage müssen alle Abgewanderten zur Stille sein. Dazu muß das ganze Volk mitwirken. Es ist eine Ehrenpflicht jedes Einzelnen, den Abstimmungsberechtigten die Hilfe in die Heimat zu ermöglichen. Die deutschen Arbeitgeber sind bereit, soweit es sich um Personen in abhängiger Stellung handelt, zur Heimreise Urlaub unter Weiterzahlung von Lohn und Gehalt zu gewähren. Aber dazu muß für die Unbemittelten eine Unterstützung für Reise und Verpflegung kommen.

Es handelt sich um Hunderttausende, denen die Reise in die Heimat und damit die Abgabe ihrer Stimme zu Ehren des Deutschtums ermöglicht werden muß. Die erhebende Aufgabe, die am 16. Dezember 1919 unter der Leitung des Präsidenten Reichenbach im Reichstagsgebäude stattfand, hat gezeigt, daß es in der Frage der Abstimmungsgebiete keine Unversiehbarkeit der Partei und keine Gegenüber der Klassen gibt. Ganz besonders haben die berufenen Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die deutschen Arbeiter sich am Abstimmungstage vor ihre bedrohte Heimat stellen.

Es darf nicht geschehen, daß ein Abstimmungsrechtiger aus Mangel an Mitteln sich verhindert sieht, in die bedrohte Heimat zu reisen. So schwer die Lasten sind, die auf dem deutschen Volk liegen, so große Opfer es auch schon gebracht hat, für die bedrohten Gebiete muß jeder einsehen, der deutsch fühlt und retten will, was zu retten in unserer Macht steht. Die Grenz-Spende, die den Abstimmungsberechtigten die Heimreise ermöglichen soll, ist ausschließlich auf private Zuwendungen angewiesen. Sehr erhebliche Mittel sind erforderlich, um die Abstimmungsreise der Abgewanderten in die alte Heimat zu ermöglichen. Ebenso ist es notwendig, daß rasch gegeben wird. Schon drei Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensprotokolls findet die Abstimmung in der ersten Schleswighischen Zone statt. Und auch im Schleswighischen Gebiet und im Regierungsbezirk Allenstein wird man auf Überraschungen gefaßt sein müssen. Deshalb muß der Deutsche Schulbund für die Grenz- und Abstammungsdeutschen rechtzeitig gerüstet sein, um seiner Aufgabe im vollen Umfang entsprechen zu können. Möge sich jeder Deutsche seiner Pflicht gegenüber den bedrohten Grenzgebieten bewußt sein. Er trägt durch seine Spende dazu bei, die deutschen Bewohner der Grenzgebiete vor Vergewaltigung zu retten. Er trägt durch seine Spende zugleich bei, daß das deutsche Volk, durch das Unglück ungetroffen, an einer schoneren Zukunft entschlossen weiterarbeitet.

Kleine Chronik.

Wien stirbt aus. Die Zahl der Geburten in Wien war von 52 415 im Jahre 1901 auf 36 378 im Jahre 1914 gesunken; von da ab fiel sie in jähem Absturz auf 29 257 im Jahre 1915 und erreichte im Jahre 1918 den Tiefstand von 19 257. Im Jahre 1919 ist eine leichte Zunahme auf 24 247 festzustellen, und zwar hauptsächlich infolge der Rückkehr der Kriegsteilnehmer im Oktober 1918. Die Abnahme der Geburten beginnt sich bereits in der Abnahme der Schulalter praktisch bemerkbar zu machen. Die Zahl der Kinder in den ersten Volksschulklassen betrug am 1. Oktober 1910 noch 36 000, im Jahre 1919 nur mehr 25 469. Gleichzeitig mit dem Sinken der Geburten nimmt die Sterblichkeit zu. Die Abnahme der Geburten im Zusammenhang mit der Sterblichkeitszunahme ergibt ein besorgniserregendes Defizit, das durch die Unterernährung, die Tuberkulose im Gefolge hat, noch erhöht werden wird.

Zonderfrieden mit Amerika?

Amsterdam, 2. Febr. Aus einer Meldung des „Telegraaf“ aus London geht hervor, daß der Beitritt Amerikas zum Völkerbunde, nachdem die Konferenz der beiden Parteien gescheitert ist, ausgeschlossen sei. Die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Deutschland liege im Bereich der Möglichkeit. Wilson müsse entweder der Ratifikation mit Vorbehalten oder der Verschiebung des Beitritts bis nach den Präsidentschaftswahlen sich fügen.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 3. Februar 1920.

Sch. Kathol. Kirchenchor. Generalversammlung am 30. Januar. Der 1. Vorsitzende, Herr Jos. Sattler, eröffnete die Versammlung um 7 Uhr und begrüßte die Erschienenen. Er bedauerte, daß die inaktiven Mitglieder sich so wenig für die gute Sache interessieren. Aus dem Vorstandsbericht geht hervor, daß der Verein 95 Mitglieder zählt und sich zweimal öffentlich betätigt. Der Kassenbestand beträgt 63,15 M., auf der Sparkasse sind 412,08 M., zusammen also ein Vermögen von 475,23 M. Für die Sterbekasse angelegt sind 2465,09 M., in der Kasse sind vorhanden 121,51 M., zusammen also 2586,60 M. Der neue Vorstand besteht aus folgenden Damen und Herren: M. Schimpl 1. Vors., Fr. Niegel 2. Vors., K. Weiß 1. Schriftf., W. Mahle 2. Schriftf., Beisitzerinnen: Frau Niegel, Frau Sattler, Frau Mahle. Als Kassiererin wurde Frau Fied gewählt. Fahnenführer ist Herr August Weiß, Fahnenbegleiter die Herren K. Hoben und Fr. Niegel. Herr Sattler dankt dem langjährigen Kassierer Schimpl für seine gewissenhafte Kassenführung und hofft, daß er auch als nunmehriger Vorsitzender das Beste für den Verein leisten wird. Es wurde noch eine Kommission gewählt zur Werbung neuer aktiver Mitglieder, sie besteht aus den Herren Jos. Sattler, K. Weiß, und Frau Fied und Frau Niegel. Nachdem alles erledigt war, wurde die gut verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Der Stenographenverein „Gabelberger“ Schierstein, der durch die Ungunst der Verhältnisse in den letzten Jahren gezwungen war, seine Tätigkeit einzustellen, hat diese jetzt wieder aufgenommen. Neben der Abhaltung von Diktatursen für die der Kurzschrift Kundigen beginnt der Verein Mitte Februar mit einem Anfängerkursus, in dem unter der Leitung eines bewährten Stenographen gegen geringe Kosten das Gabelbergerische Kurzschriftsystem rasch und gründlich erlernt werden kann. In der jetzigen Zeit, wo jeder Augenblick für den Einzelnen kostbar ist, bietet die Stenographie durch die Zeitersparnis, die ihre Anwendung gewährt, große Vorteile, und für Kaufleute, sonstige Büroangestellte, Studenten und Schüler ist sie einfach unentbehrlich. Wir weisen Interessenten auf die sich bietende günstige Gelegenheit zur Erlernung der Kurzschrift hin. Der genaue Zeitpunkt des Beginnes des Anfängerkurses wird in Kürze bekannt gegeben.

Was kostet ein Bricket? Die Braunkohlenbricketts sind nun derart im Preise gestiegen, daß für den Zentner jetzt ca. 10 Mark verlangt werden. Berechnet man, daß auf den Zentner etwa 90 Stück der ovalen Bricketts gehen, so stellt sich ein Stück auf rund 11 Pf.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Wohnungsnot nimmt überall immer krassere Formen an und das beinahe völlige Fehlen der Ziegelsteine, hervorgerufen durch die Kohlennot, machen den Ziegelsteinbau unmöglich oder zu teuer. Es sind deshalb viele andere Bauweisen aufgetaucht von denen nachstehend das AMBI-Bauverfahren beschrieben werden soll: Der AMBI-Bau lehnt sich an die Anwendung der Gipsplatten an, nur ist das Verfahren wesentlich vervollkommen worden. Zur Verwendung gelangen zwei Arten von Platten, und zwar eine Kiesbetonplatte, die aus Kies und Zement besteht, und eine Schlackenbetonplatte, die aus den bei der Dampfkesselfeuerung zurückbleibenden Kohlen Schlacken in Mischung mit Zement hergestellt wird. Beide Platten werden derart übereinander gelegt, daß die Kiesbetonplatte als guter Wärmeleiter nach außen kommt, während die Schlackenbetonplatte, die ein schlechter Wärmeleiter ist, die Innenwand bildet. Außerdem kommt letztere Platte für die inneren Hauswände zur Verwendung, wobei ihr noch der Vorzug zukommen kann, daß sie wie Holz nagelbar ist und schalldämpfend wirkt. Geeignete Vorrichtungen an den Platten, sog. Rifen, ermöglichen einen festen Verband der Platten. Zur Ausfüllung der zwischen den Platten entstehenden Hohlräume dient Schlacke oder Sand, oder Kies, Torf usw., wodurch auch die Wohnung warmgehalten wird. Für Fenster, Türen usw. sind besondere Formsteine vorhanden. Die Schornsteine werden in einfacher Weise durch die Hohlräume gebildet, deren Ausfüllung unterbleibt. Um das Auslegen der Balken für das Dach oder die Decken zu ermöglichen, wird auf die Wand ein entsprechender Kranz von Beton aufgelegt. Die zum Bau verwendeten Platten usw. können auf dem Bauplatz selbst in einfacher Weise durch Einstampfen in Formen hergestellt werden. Die dazu erforderlichen Baustoffe (Kies, Sand oder Schlacke) sind im allgemeinen leicht und billig zu beschaffen. Häuser in AMBI Bauweise unterscheiden sich von außen in keiner Weise von Ziegelmauerwerk, da sie ebenso wie solches verputzt werden können. Die Errichtung solcher Bauten wird aber infolge der Verwendung größerer Werkstücke wesentlich schneller vor sich gehen, außerdem wird sie sich erheblich billiger stellen. Vielleicht ist es durch die AMBI-Bauweise möglich, der auch hier herrschenden Wohnungsnot bald einigermaßen abzuhelfen.

13. Landw. Bezirksverein. Morgen Mittwoch, nachmitt. 2 Uhr, findet in Auringen-Nebenbach im Gasthaus zum „Hinkelhaus“ eine Versammlung des 13. landw. Bezirksvereins statt.

Postalisches. Von jetzt an sind auch Postfrachttüde bis 5 Kilo nach den Vereinigten Staaten von Amerika durch Vermittlung von Speditoren in Bremen und Hamburg zugelassen. Damit ist u. a. die Möglichkeit gegeben, derartige Pakete wieder unter Wertangabe zu versenden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

